



GUTE PFLEGE IST EIN MENSCHENRECHT

Ausgabe 03 - 2017
Berlin, September 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

am morgigen Sonntag findet die Bundestagswahl statt. Wer bislang noch unentschlossen ist und wissen möchte, welche Positionen die einzelnen Parteien zum Thema Pflege haben, der sollte sich die Antworten auf unsere Wahlprüfsteine vorher noch einmal genauer ansehen.

Wir wünschen Ihnen einen schönen Wahlsonntag und denken Sie dran: mit Ihrer Stimme entscheiden Sie auch über die Zukunft der Pflege!

Wenn Sie Fragen zum Bündnis für gute Pflege oder Anregungen haben, dann schreiben Sie uns eine [E-Mail](#).

Ihr Team vom Bündnis für gute Pflege

Bündnis für gute Pflege - Infodienst

[I. Aktuelles vom Bündnis für gute Pflege](#)

[1.1 Antworten auf Wahlprüfsteine des Bündnisses für gute Pflege](#)

[1.2 Vertreter innen des Bündnisses für Gute Pflege waren zu Gast beim SPD-Parteivorstand](#)

[II. Neuigkeiten von den Mitgliedern und Unterstützern des Bündnisses für gute Pflege](#)

[2.1 DAIZG: Demenz. Die Vielfalt im Blick](#)

[2.2 DAIZG: Neue Webseite zu Demenz und Migration](#)

[2.3 ver.di warnt vor Hedgefonds – Bühler: Altenpflege darf nicht zum Spekulationsobjekt verkommen](#)

[III. Termine und Veranstaltungen](#)

[3.1 DAIZG: Fachtagung am 17.10. in Berlin: Demenz in jungen Jahren](#)

I. Aktuelles vom Bündnis für gute Pflege

1.1 Antworten auf Wahlprüfsteine des Bündnisses für gute Pflege

[nach oben](#)

Bündnis für Pflege – Antworten auf Wahlprüfsteine liegen vor

Berlin, 08. September 2017. Die im Bundestag vertretenen Parteien haben auf die Wahlprüfsteine des Bündnisses für Gute Pflege geantwortet. Die ausführlichen Antworten finden Sie in einer Synopse zusammengestellt auf der [Homepage](#) des Bündnisses.

Das Bündnis für Gute Pflege setzt sich für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Pflege zugunsten der pflegebedürftigen Menschen, ihrer pflegenden und begleitenden Angehörigen und der beruflich Pflegenden ein. Von den aktuell im Bundestag vertretenen politischen Parteien wollte das Bündnis wissen, was diese unternehmen, damit sich die Situation der Pflege verbessert.

Dazu wurden Positionen erfragt, zu beispielsweise den Themen: Personalausstattung, verbesserte Arbeitsbedingungen, Pflegeausbildung und der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Das Bündnis für Gute Pflege ist der Ansicht, dass Beschäftigte in der Pflege als auch pflegende Angehörige für ihre Tätigkeit nach wie vor nur geringe gesellschaftliche und persönliche Wertschätzung erfahren. Um dies zu ändern, fordert das Bündnis:

- maßgeschneiderte Leistungen für Pflegebedürftige,
- Unterstützung und Anerkennung für pflegende Angehörige,
- bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen der Pflegeberufe und
- eine gerechte Finanzierung der Pflege, die nicht zu einseitigen Belastungen der Betroffenen führt, sondern von der sozialen Pflegeversicherung getragen wird.

Um die Zukunft der Pflege älterer Menschen ist es in Deutschland nicht gut bestellt. Deshalb haben sich 37 Mitglieder und Unterstützer, die die aktuelle Situation nicht mehr länger hinnehmen wollen, zu dem Bündnis für gute Pflege zusammen-geschlossen. Gemeinsam fordern die Bündnispartner „Perspektiven für eine bessere Pflege“ in Deutschland.

www.buendnis-fuer-gute-pflege.de

1.2 Vertreter_innen des Bündnisses für Gute Pflege waren zu Gast beim SPD-Parteivorstand

[nach oben](#)

Berlin, 18.08.2017 – Vertreter_innen des Bündnisses für Gute Pflege waren zu Gast beim SPD-Parteivorstand im Willy-Brandt-Haus

Bei dem Treffen mit Bundesfamilienministerin Katarina Barley und weiteren SPD-Vertretern ging es um die Forderungen des Bündnisses „Für mehr Personal in der Pflege – Jetzt!“ . Für das Bündnis ist eine gute personelle Ausstattung eine wichtige Voraussetzung für hohe Versorgungsqualität von pflegebedürftigen Menschen und steigert die Attraktivität der beruflichen Tätigkeit in der Altenpflege. Die erfolgreiche Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs, ebenfalls eine langjährige Forderung des Bündnisses, zum 1. Januar 2017 setzt genügend gut qualifiziertes Pflegepersonal voraus. Die regional unterschiedliche, aber defizitäre Personalausstattung stellt die Pflege jedoch seit langem vor eine große Herausforderung und geht zu Lasten der pflegebedürftigen Menschen sowie der beruflich Pflegenden Die Entwicklung eines Personalbemessungsinstrument bis 2020 ist wichtig. Das Bündnis für Gute Pflege weist aber darauf hin, dass weder die Verbindlichkeit noch die Finanzierung der zu erwartenden zusätzlichen Stellen abschließend geregelt sind. Außerdem sei es bis 2020 noch lange hin, deshalb müssen im Vorgriff auf ein Personalbemessungsinstrument Übergangslösungen zur Verbesserung der Personalsituation in der ambulanten wie stationären Pflege herbeigeführt werden.

Die Forderung des Bündnisses nach mehr Personal traf auf großes Verständnis seitens der SPD. Ministerin Barley wies auf die Forderung des SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz für ein Sofortprogramm in der Pflege hin. Auch in der Frage, wie die Mehrkosten der Pflege für eine bessere und angemessene Personalsituation finanziert werden kann, gab es große Übereinstimmungen. Insbesondere in der Hinsicht, dass diese Kosten nicht zu Lasten der Pflegebedürftigen gehen dürfen, sondern durch die Pflegekassen getragen werden müssen. Dazu sind die Einnahmen der Pflegeversicherungen zu erweitern, in dem alle Bürgerinnen und Bürger in die soziale Pflegeversicherung, bei paritätischer Finanzierung der Beiträge, einbezogen werden und die Finanzierung von Kosten der Behandlungspflege in Heimen künftig durch die Krankenversicherungen statt durch die Pflegekassen zu tragen sind. Einigkeit herrschte auch, den Pflegeberuf insgesamt attraktiver zu machen und die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern. Dazu gehört nicht zuletzt, die tarifliche Bezahlung in der Pflege weiter zu stärken und den deutlichen Rückstand bei der Bezahlung der Altenpflegekräfte gegenüber der Krankenpflege aufzuheben. Bundesministerin Barley erklärte dazu, dass die SPD an einem allgemeinverbindlichen Tarifvertrag Soziales arbeite, sich dafür Unterstützung des Bündnisses für Gute Pflege wünsche und bereit ist, die politischen Weichenstellungen zu schaffen, die für eine Realisierung benötigt werden. Die Vertreter des Bündnisses erkennen an, dass die derzeitige Regierung mit den drei Pflegestärkungsgesetzen viel für die Pflege getan hat. Umso wichtiger ist aber zu betonen, dass damit längst noch nicht alle Reformbaustellen in der Pflege erledigt sind und durch die nächste Regierung dringend die Situation der Beschäftigten in der Pflege angegangen werden muss.

II. Neuigkeiten von den Mitgliedern und Unterstützern des Bündnisses für gute Pflege

[nach oben](#)

2.1 DAzG: Demenz. Die Vielfalt im Blick

[nach oben](#)

Demenz. Die Vielfalt im Blick

Am 21. September ist Welt-Alzheimerstag. 2017 steht dieser Tag in Deutschland unter dem Motto „Demenz. Die Vielfalt im Blick“. Weltweit und auch überall in Deutschland finden rund um den Welt-Alzheimerstag und in der „Woche der Demenz“ vielfältige Aktionen statt, um auf die Situation von Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen aufmerksam zu machen.

Demenz hat viele Formen und Gesichter. Meist erkranken Menschen erst im höheren Alter an einer Demenz, manchmal beginnt die Krankheit jedoch schon viel früher, während der Berufstätigkeit. Die Symptome und die Auswirkungen verändern sich im Verlauf der Krankheit. Menschen mit einer beginnenden Demenz sind meist noch weitgehend selbstständig, haben viele Fähigkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten. Wenn die Demenz fortschreitet, benötigen die Betroffenen immer mehr an Unterstützung – sei es durch Angehörige, ehrenamtliche Helferinnen oder professionell Pflegenden.

„Wir möchten, dass Menschen mit Demenz unabhängig von ihrem Krankheitsbild und ihrem Hintergrund ein gutes Leben führen können. Die Menschen und ihre Angehörigen sind unterschiedlich, die Lebenssituationen sind vielfältig. Deshalb braucht es individuelle und gute Angebote und Strukturen und wir müssen uns auch auf bestimmte Personengruppen einstellen wie z.B. Menschen, die einen Migrationshintergrund haben“ so Monika Kaus, Vorsitzende der Deutschen Alzheimer Gesellschaft. Mit Förderung durch das BMFSFJ schaltet die Gesellschaft am 21. September 2017 eine Internetseite online, die sich speziell an Menschen mit Migrationshintergrund richtet. Sie bietet einen Überblick über spezielle Angebote für diese Gruppen und bietet Informationen in türkischer, russischer und polnischer Sprache an.

Auch wenn die Öffentlichkeit mehr als in der Vergangenheit zum Krankheitsbild sensibilisiert ist und durch die umfassende Reform der Pflegeversicherung auch politisch einiges passiert ist, gibt es angesichts der immer noch wachsenden Zahl von Demenzkranken bei gleichzeitigem Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal noch viel zu tun. Angesichts der

nahen Bundestagswahl fordert die Deutsche Alzheimer Gesellschaft deshalb eine Nationale Demenzstrategie, um diese Herausforderung gemeinsam zu bewältigen. Dazu sagt Monika Kaus: „In der Nationalen Allianz für Menschen mit Demenz haben viele Akteure in den letzten Jahren gut zusammen gearbeitet. Diese Initiative muss nun ab 2018 in eine nationale Demenzstrategie münden. Wir erwarten – unabhängig davon wer die Wahl gewinnt –, dass dieses Vorhaben sich in einem Koalitionsvertrag wiederfindet.“

"Für die Vorbeugung von Alzheimer und den richtigen Umgang mit demenziellen Erkrankungen braucht es unbedingt mehr innovative Forschung! Anstatt verzweifelt auf den ganz großen Wurf der Pharmaindustrie zu warten, ist es wichtiger die kreative Forschung außerhalb kommerzieller Bahnen zu fördern, denn dort können die wirklich neuen Ideen und Forschungsansätze gedeihen, die wir brauchen", so David Sieveking der neue Schirmherr der Hirnliga e. V. der Vereinigung der deutschen Alzheimer-Forscher. Der Autor und Filmregisseur weiß aus eigener Erfahrung, welche Herausforderungen eine Alzheimererkrankung für eine Familie bedeutet. Sein prämierter Dokumentarfilm „Vergiss mein nicht – Wie meine Mutter ihr Gedächtnis verlor und meine Eltern die Liebe neu entdeckten“ zeigt dies eindringlich.

„Die wichtigste Leistung der klinischen Alzheimerforschung der vergangenen Jahre besteht darin, dass die Alzheimererkrankung heute bereits im Stadium einer leichten kognitiven Störung diagnostiziert werden kann, deutlich bevor die geistigen Fähigkeiten stark eingeschränkt sind und eine Demenz vorliegt“, so PD Dr. Oliver Peters, Berlin, vom Vorstand der Hirnliga e.V. „Durch erhebliche Fortschritte in der Frühdiagnostik der Alzheimererkrankung ist es jetzt möglich, neue Therapieansätze, die darauf abzielen den Krankheitsverlauf zu verlangsamen, viel früher beginnen zu lassen als dieses in der Vergangenheit möglich war. Ein früher Behandlungsbeginn erscheint notwendig, weil alle Versuche die Erkrankung im Stadium der Demenz zu stoppen gescheitert sind. Den Wirksamkeitsnachweis des frühen Behandlungsbeginns sollen gegenwärtig laufende klinische Studien erbringen, deren Ergebnisse ausstehen.“

„Psychisch kranke Ältere und Menschen mit Demenz werden noch immer unzureichend versorgt; dabei bleiben in allen Stadien der Erkrankung Möglichkeiten und Chancen ungenutzt. Die Chancen der Diagnostik, am Beginn der Erkrankung reversible (umkehrbare) Erkrankungsursachen zu erkennen und zu behandeln oder spezifische Formen der Demenzerkrankungen besser zu behandeln. Die Möglichkeit, Angehörige optimal zu beraten und zu unterstützen, um so eine möglichst nachhaltige Pflege zu Hause zu ermöglichen. Für Patienten mit Demenz in Pflegeheimen (etwa die Hälfte der Demenzpatienten in Deutschland) fehlt zu oft ausreichendes und speziell geschultes Pflege- und Behandlungspersonal, um freiheitsentziehende Maßnahmen oder den Einsatz von Psychopharmaka (Neuroleptika) zu vermeiden“, so der Sozialmediziner und Alterspsychiater Prof. Dr. Dr. Michael Rapp, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Gerontopsychiatrie und -psychotherapie e.V.

„Die Versorgungsforschung hat hier Potentiale und Hindernisse im Versorgungsalltag identifiziert: Alle mit der Versorgung und Behandlung von Menschen mit Demenz befassten Berufsgruppen (Ärzte, Pflegepersonal, Ergotherapeuten u.a.) müssen gestärkt und gefördert werden, um das bestehende Fachwissen in hinreichender Qualität für die Patienten umzusetzen. Nur so können wir diese Chancen in der Zukunft nutzen und die Herausforderungen des demografischen Wandels angehen.“

Hintergrund:

Seit 1994 findet jeweils am 21. September der Welt-Alzheimerstag statt, der von der Dachorganisation Alzheimer's Disease International (ADI) mit Unterstützung der WHO initiiert wurde, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Alzheimer-Krankheit und andere Formen der Demenz-Erkrankungen zu richten.

Kontaktadressen:

Hirnliga e.V. - Geschäftsstelle
Tel.: 02262 / 999 99 17
www.hirnliga.de

Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. Selbsthilfe Demenz

Tel.: 030 / 25 93 79 5-0
www.deutsche-alzheimer.de
www.demenz-partner.de

Deutsche Gesellschaft für Gerontopsychiatrie und –psychotherapie e.V.
Tel.: 02262 / 79 76 83
www.dggpp.de

2.2 DAIZG: Neue Webseite zu Demenz und Migration

[nach oben](#)

Zum Welt-Alzheimerstag 2017: Neue Webseite zu Demenz und Migration der Deutschen Alzheimer Gesellschaft online

Berlin, 20. September 2017. Der Welt-Alzheimerstag. 2017 steht in diesem Jahr in Deutschland unter dem Motto „Demenz. Die Vielfalt im Blick“. Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft (DAIZG) veröffentlicht zu diesem Anlass die neue Webseite www.demenz-und-migration.de.

Demenz hat viele Formen und Gesichter. Meist erkranken Menschen erst im höheren Alter an einer Demenz, manchmal beginnt die Krankheit jedoch schon viel früher, während der Berufstätigkeit. Die Symptome und die Auswirkungen verändern sich im Verlauf der Krankheit. Mit einer neuen Internetseite bietet die DAIZG nun ein Informationsangebot für Familien, die von Demenz betroffen sind und einen Migrationshintergrund haben. Unter www.demenz-und-migration.de finden sie grundlegende Informationen über Demenz in türkischer, polnischer und russischer Sprache.

Alle in der Beratung und der Altenhilfe Tätigen erhalten auf dieser Seite außerdem Informationen über Migration, Demenz und Kultursensibilität. Schätzungen zufolge leben in Deutschland etwa 108.000 Menschen mit Migrationshintergrund, die eine Demenz haben. Sie und ihre Familien brauchen Beratung, Hilfe und Unterstützung. Daher ist es dringend notwendig, dass sich alle Bereiche der Altenhilfe auch auf die Bedürfnisse und Wünsche dieser Zielgruppe einstellen.

Die neue Webseite ist im Rahmen des Projekts „Demenz und Migration“ entstanden, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird.

Hintergrund

In Deutschland leben zurzeit 18,5 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, davon sind über 1,8 Millionen über 65 Jahre alt. Eine Studie des Robert Koch-Institut (2008) kam zu dem Ergebnis, dass Migrantinnen und Migranten ab einem Alter von 55 Jahren höhere Gesundheitsrisiken aufweisen als vergleichbare Gruppen aus der Aufnahmegesellschaft. Dies liegt vor allem daran, dass sie ein höheres Armutrisiko und einen geringeren sozialen Status haben als andere ältere Menschen. Deshalb „altern“ Menschen mit Migrationshintergrund schneller und ihr Risiko steigt, an einer Demenz zu erkranken.

Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. Selbsthilfe Demenz

Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. Selbsthilfe Demenz ist ein gemeinnütziger Verein. Als Bundesverband von derzeit 134 Alzheimer-Gesellschaften, Angehörigengruppen und Landesverbänden vertritt sie die Interessen von Demenzkranken und ihren Familien. Sie nimmt zentrale Aufgaben wahr, gibt zahlreiche Broschüren heraus, organisiert Tagungen und Kongresse und unterhält das bundesweite Alzheimer-Telefon mit der Service-Nummer 01803 - 17 10 17 (9 Cent pro Minute aus dem deutschen Festnetz) oder 030 - 259 37 95 14 (Festnetzтарif).

Kontakt:

Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. Selbsthilfe Demenz
Susanna Saxl, Astrid Lärm
Friedrichstraße 236, 10969 Berlin
Tel.: 030 - 259 37 95 0

2.3 ver.di warnt vor Hedgefonds – Bühler: Altenpflege darf nicht zum Spekulationsobjekt verkommen

[nach oben](#)

ver.di warnt vor Hedgefonds – Bühler: Altenpflege darf nicht zum Spekulationsobjekt verkommen

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) warnt davor, dass die Altenpflege zunehmend zum Spekulationsobjekt von Finanzinvestoren und Großkonzernen wird. Das belegten aktuelle Übernahmediskussionen. „Die kommende Bundesregierung muss erklären, wie sie diese für pflegebedürftige Menschen und Beschäftigte gefährliche Entwicklung unterbindet“, betont ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler.

„In der Pflege muss es um die Menschen gehen. Doch stattdessen spielen immer häufiger Profitinteressen die zentrale Rolle“, kritisiert Bühler. Der Anteil privatwirtschaftlicher Betriebe stieg zwischen 1999 und 2015 von 43,7 auf 52,3 Prozent. Die Tendenz sei weiter steigend. Zuletzt hätten insbesondere Finanzinvestoren und ausländische Großkonzerne die Pflege als Profitquelle entdeckt.

Es sei „unverantwortlich, die Pflege Finanzinvestoren auszuliefern“. Die Fonds seien auf kurzfristige Profitmaximierung ausgelegt. „Sie setzen alles daran, den Wert ihrer Investments durch aggressive Expansion und Kostensenkung zu steigern“, erklärt Bühler weiter. Beschäftigte und pflegebedürftige Menschen hätten das Nachsehen. Die Methoden der finanzgetriebenen privaten Konzerne setzten auch öffentliche und freigemeinnützige Träger unter Druck und wirkten sich daher negativ auf die gesamte Branche aus.

„Die Politik ist gefordert“, sagt Bühler an die Adresse der Parteien im Bundestagswahlkampf. „Profitgier hat im Gesundheitswesen nichts zu suchen.“ Die Regierung müsse für eine rasche bundesweit einheitliche Personalbemessung sorgen und regeln, dass es einfacher werde, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären. Diese müssten dann in allen Einrichtungen unabhängig von ihrer Trägerschaft gelten. Mit einer solidarischen Bürgerversicherung könne die Altenpflege zudem auf eine solide 30 finanzielle Grundlage gestellt werden.

Anlass der ver.di-Warnung sind aktuelle und bevorstehende Übernahmen in der Altenpflegebranche. So wurden der ehemals städtische Pflegeheimbetreiber „Pflegen und Wohnen“ in Hamburg und die Berliner Unternehmensgruppe Vitanas an den US-Hedgefonds Oaktree verkauft. Auch Alloheim mit seinen 165 Einrichtungen und 14.500 Beschäftigten steht laut Medienberichten zum Verkauf. Die US-Beteiligungsgesellschaft Carlyle hatte die Pflegeheimkette erst 2013 vom britischen Konkurrenten Star Capital übernommen. Um die Marseille-Kliniken sowie einen Teil der im Pflegebereich engagierten AviaRent Capital Management gibt es ebenfalls Verkaufsrüchte.

III. Termine und Veranstaltungen

[nach oben](#)

3.1 DAIZG: Fachtagung am 17.10. in Berlin: Demenz in jungen Jahren

[nach oben](#)

"Demenz in jungen Jahren – Unterstützung für jung an Demenz Erkrankte und ihre Familien"

Fachtagung der Deutschen Alzheimer Gesellschaft am 17. Oktober 2017, 10 – 16.30 Uhr, in Berlin

Bei dieser Tagung geht es um Unterstützungsangebote für Menschen, die schon im jüngeren

Alter (unter 65 Jahre) von einer Demenz betroffen sind, und ihre Angehörigen. Vorgestellt wird das europäische Projekt RHAPSODY, in dessen Rahmen ein interaktives Online-Informationsangebot für Angehörige von jüngeren Menschen mit Demenz entwickelt wurde, sowie weitere Projekte, die sich an diese Zielgruppe richten. Gemeinsam soll diskutiert werden, welche weiteren Unterstützungsangebote gebraucht werden.

Eingeladen sind Mitarbeitende und Verantwortliche aus der Beratung, der Altenhilfe und der Pflege, Vertreterinnen und Vertreter der Kostenträger sowie aus den Alzheimer-Gesellschaften, Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen sowie alle Interessierten.

Tagungsflyer unter

https://www.deutsche-alzheimer.de/fileadmin/alz/pdf/Projekte/Rhapsody/rhapsody-tagung_20171017_tagungsflyer_onlineversion.pdf

Weitere Informationen und Anmeldung bei susanna.saxl@deutsche-alzheimer.de

Weiterempfehlen

Wenn Ihnen die Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege gefallen, empfehlen Sie sie doch weiter.

Wichtig

Damit die Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege in Zukunft zuverlässig in Ihrem Postfach ankommt und nicht durch einen Filter in den Spam-Ordner einsortiert oder gelöscht wird, nehmen Sie bitte die Absenderadresse dieser E-Mail (info@buendnis-fuer-gute-pflege.de) in Ihr persönliches Adressbuch auf.

Impressum

Diakonie Deutschland - Evangelischer Bundesverband
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.
Projekt: Bündnis für gute Pflege
Caroline-Michaelis-Str. 1
10115 Berlin

Telefon: 030 65211-0
Fax: 030 65211-3333
E-Mail: stephan.roeger@diakonie.de
Web: www.diakonie.de

Jeweils zwei Mitglieder des Vorstandes vertreten das Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. im Rechtsverkehr gemeinsam.

Registergericht:

Amtsgericht Berlin-Charlottenburg,
Vereinsregister 31924 B
USt-IdNr.: DE 147801862

Abmelden

Falls Sie keine weiteren Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege erhalten wollen, können Sie den Bezug hier beenden. [Kurzinformationen abbestellen](#)

Redaktion

Bei inhaltlichen Fragen wenden Sie sich bitte an das Bündnis für gute Pflege (info@buendnis-fuer-gute-pflege.de).

Das Werk wird durch den Vorstand vertreten. Er besteht aus folgenden Mitgliedern:

Vorsitzende
Präsidentin Pfarrerin Cornelia Füllkrug-Weitzel

stellvertretender Vorsitzender
Präsident Pfarrer Ulrich Lilie

Dr. Jörg Kruttschnitt
Maria Loheide
Prof. Dr. Claudia Warning